

# Henry Worm: „Wir lassen uns nicht verarschen!“

Dass die 380-kV-Leitung kommen wird, davon ist Henry Worm, MdL im Thüringer Landtag, felsenfest überzeugt. Doch er fordert, dass die Region zumindest davon partizipiert.

Von Doreen Fischer

**Effelder** – Nur einmal angenommen, man würde genau dorthin, wo ein geplanter Mast der 380-kV-Trasse hingepflanzt werden soll, ein Windrad aufstellen. Dann könnte an eben dieser Stelle pro Jahr ein Ertrag von 50 000 Euro erzielt werden. Auf einen Kilometer Strecke werden jedoch drei Masten gesetzt, daher kämen summa summarum pro Jahr auf nur 1000 Metern Strecke 150 000 Euro zusammen. Geld, das so manche Gemeinde dringend nötig hätte.

Diese Rechnung machte der Thüringer Landtagsabgeordnete Henry Worm in der vergangenen Woche während der Informationsveranstaltung der Gemeinde Frankenblick zu der geplanten Südwest-Kuppelleitung auf. Anhand dieses Beispiels möchte er 50 Hertz deutlich machen, dass man sich in den betroffenen Regionen nicht mit minimalen Abfindungen arrangieren wird. „Es darf nicht sein, dass die Leitungen durch unsere Region gezogen werden und wir 25 Jahre lang Ausgleichsmaßnahmen bekommen, die nicht das Schwarze unter den Fingernägeln wert sind“, gibt er sich kämpferisch.

Denn bei den beiden ersten Bauabschnitten, die bereits im Bau sind, fließt ein Ausgleich von nur einem Prozent der Bausumme an die Gemeinden. Allerdings mit der Einschränkung, dass ein Betrag von 40 000 Euro nicht überschritten wird. Und dass es bei dieser Einmalzahlung bleibt.

„In unserem Bereich handelt es sich um ein wesentlich sensibleres Gebiet als bei den anderen Bauabschnitten. Seien es nun Fauna, Flora oder Tourismus“, begründet Worm die Forderung nach einer deutlich höheren Abfindung. Zumal bereits Autobahn- und ICE-Bau unverhältnismäßige Belastungen mit sich gebracht hatten. Notfalls würde er sogar für Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen plädieren, wenn diese tat-



Landtagsabgeordneter Henry Worm äußerte sich während der Informationsveranstaltung zur Südwest-Kuppelleitung konkret zu Ausgleichsforderungen, die an 50 Hertz aufgemacht werden.

Foto: R. Aschenbrenner

sächlich den betroffenen Gemeinden zugute kämen.

Und so denkt er laut über eine Einmalzahlung in Höhe von 7 Prozent der Bausumme sowie über weitere 7 Prozent innerhalb eines festgelegten Zeitrahmens hinweg nach. Innerhalb seiner CDU-Fraktion ist man sich darin einig. „Das ist das Mindeste, um ein Stück weit Akzeptanz unter der Bevölkerung zu erreichen. Ein Prozent ist mit uns nicht zu machen. Wir lassen uns nicht verarschen“, findet er deutliche Worte. Und er weiß genau, wie man den Druck auf 50 Hertz erhöhen kann, um solche Ausgleichszahlungen tatsächlich zu erzielen. „Der Protest ist leicht zu aktivieren - wenn es sein müsste.“

Der Vorschlag klingt erst mal so, als sollten die Bürger mit den Abfindungen gekauft werden. Dass dem beim besten Willen nicht so ist, kann

Worm mit nur einem Satz belegen: „Das Ding kommt, ob wir das wollen oder nicht.“ Deshalb soll das Beste aus der Situation gemacht werden.

Denn letztlich sind die Menschen der Region gleich zwei Mal betroffen. Einerseits werden sie künftig mit der 380-kV-Leitung leben müssen, andererseits wird die Investitionssumme auf den Strompreis umgelegt. Sprich: „Überall, wo eine solche Leitung gebaut wird, ist der Bürger finanziell gefordert“, so Worm.

Zum Thema äußerte sich während der Informationsveranstaltung Oliver Britz, Fachgebietsleiter Genehmigungen Leitungen zu Wort. Er versicherte ganz offiziell, dass eine Summe von 5 Millionen Euro für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für den dritten Bauabschnitt vorgesehen seien. Dies entspräche etwa sieben Prozent der Gesamtbausumme, nur

allein für den Bereich von Altenfeld bis zur Landesgrenze. Das Geld soll zum Rückbau von Altgebäuden, zur Renaturierung von Teichen und Flüssen oder anderen Projekten genutzt werden, die von den klammen Gemeinden sonst nicht gestemmt werden könnten. Doch er gibt zu bedenken: „Gerade wenn es um Rückbaumaßnahmen geht, müssen wir die Eigentümer kennen und entsprechende Grundstücksfragen klären. Gesetzliche Regelungen sind einzuhalten. Nur dann können wir die von den Gemeinden gewünschten Maßnahmen umsetzen.“

## „Viel ist das nicht“

Betroffen vom Leitungsbau sind allerdings nicht nur Gemeinden, sondern auch Privateigentümer, deren Grund und Boden durch den Einschnitt tangiert werden. Auch sie dürfen Entschädigungen erwarten. „An den Mast-Standorten werden sie zu 100 Prozent einen Ausgleich nach den Richtwerten erhalten“, versichert Oliver Britz. Auf die Frage nach der konkreten Höhe der Abfindung, ist er zunächst um eine Antwort verlegen. Henry Worm kann ihm weiterhelfen: „Viel ist das nicht. Um genau zu sein: 20 Cent pro Quadratmeter Wald.“

Auch dort, wo die Leitung verläuft, können die Eigentümer auf Entschädigungen wegen der Nutzungseinschränkungen hoffen. Eine konkrete Summe konnte dazu gleich gar nicht benannt werden. Erleichterung dürften auch die Waldbesitzer verspüren. „Was an Wald da ist und was der Besitzer in den nächsten 20 Jahren hätte erwirtschaften können, das wird zu 100 Prozent entschädigt“, lässt Oliver Britz die Betroffenen aufatmen.

Wären da noch die Jäger. Denn während der Baumaßnahmen wird es zu einer Vergrämung des Wildes kommen. Da sind sich alle einig. Entsprechend soll es mit ihnen Verhandlungen in Sachen Pacht kommen.

Freuen dürften sich indes die Anlieger zum Bleßberg-Gipfel. Die Straße mit den vielen Schlaglöchern ist schon seit Längerem absolut marode. Künftig soll sie als Zuwegung zur Trasse genutzt werden. „Entsprechend werden wir Forderung aufmachen, dass 50 Hertz zur Instandhaltung der Straße einen Beitrag leistet“, benennt Henry Worm ein ganz konkretes Ziel.